

Brief aus Ofer

Military Court Watch

Gerard Horton

Am Militärgericht von Ofer gibt es praktisch keinen Schutz vor der sengenden Julihitze. Wir warten geduldig, dass das Sicherheitstor aufklickt. Ein Maschendrahtzaun trennt uns von dem Gehege, in dem sich palästinensische Familien drängen. Sie müssen eine mehrstufige Prozedur von Passkontrollen und körperlichen Durchsuchungen durchlaufen, um Zutritt zu erhalten zu einer kurzen Gerichtsverhandlung gegen einen Angehörigen. Es ist noch früh, aber diese Familien sind bereits seit Stunden unterwegs. Die meisten finden sich müde und resigniert ab mit stundenlangem Warten an diesem heißen, gottverlassenen Ort.

Wir schauen uns zum Zeitvertreib eine Tafel mit Bildern an, wo alles aufgelistet ist, was man nicht mit ins Gericht nehmen darf: Bomben, Schusswaffen und Messer selbstverständlich, aber auch Telefone, USB-Speichersticks und Personen unter sechzehn. Wir sind nicht sicher, was das Totenkopfsymbol verbietet, aber nach nochmaliger Durchsicht unserer Taschen sind wir zuversichtlich, dass man uns durchlassen wird. Ab und zu wird ein Befehl durch den Lautsprecher gebellt, der an der Mauer einer Kontrollbaracke auf der anderen Seite des Tors hängt. Die Befehle sind oft nicht zu verstehen und führen zu allgemeiner Verwirrung, in der wir auszumachen versuchen, wen von uns die Unsichtbaren hinter der dunklen Glasscheibe ansprechen.

Nach einer weiteren Portion von unverständlichem Geschrei aus dem Lautsprecher vernehmen wir ein willkommenes Geräusch: die elektronische Verriegelung am Stahltor unserer Einzäunung wird mit einem Summen aktiv. Erleichtert passieren wir rasch einen Metalldetektor, der ohne Rücksicht auf den Inhalt unserer Taschen vor sich hin piept, und stehen schließlich vor unserem Spiegelbild in einer dicken Glaswand. Aus Erfahrung wissen wir, dass dahinter, wenn man seine Nase dicht an das Glas drückt, knapp die Umrisse der Uniformierten zu erkennen sind, die im klimatisierten Kontrollraum sitzen. Man notiert unsere persönlichen Daten und klickt uns durch eine Drehtür in das nächste Gehege, unsere dritte Wartestation. Mit einem weiteren Klick öffnet sich eine blaue Stahltür, und wir befinden uns in einem Raum mit einem Röntgenapparat. Dort erleben wir den ersten direkten Kontakt mit den jungen Männern und Frauen, die über diesen Betrieb herrschen. Wir leeren unsere Taschen und legen Gürtel, Schuhe und Uhren ab. Wir werden einzeln mit einem Metalldetektor untersucht, bevor wir auf der anderen Seite in ein drahtumzäuntes Gehege gelangen. Ein höflicher Uniformierter überreicht jedem von uns ein siebenseitiges Papier der Militärgerichtsverwaltung, in dem die Gesetzmäßigkeit der Einrichtung, die wir betreten, erklärt wird. „Für die Öffentlichkeitsarbeit“, sagt der Beamte, was einige von uns mit hochgezogener Augenbraue quittieren.

Wir wandern weiter den drahtumzäunten Durchgang entlang und gelangen in einen größeren Wartebezirk mit einem klimatisierten Schuppen und einer stinkenden Toilette. Hier ist es zwar auch voll, aber es herrscht eine etwas ruhigere, allerdings immer noch gespannte Atmosphäre. Jetzt, da die Ausweiskontrollen und die Durchsuchungen überstanden sind, können alle nur noch warten.

Bevor wir in einen der etwa sieben Container gelassen werden, die dem Militärgericht als Verhandlungsräume dienen, sprechen wir mit einigen wartenden Familien. Im Nu sind wir umringt von einer Gruppe besorgter Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, Töchter und Söhne, die alle

ihre Geschichten erzählen wollen. Wieder und wieder hören wir von im Morgengrauen eingetretenen oder aufgesprengten Haustüren, von brüllenden Soldaten und weinenden Kindern, von Durchsuchungen und beschädigtem oder mitgenommenem Inventar. Und immer wird verhaftet – verhaftet ohne Begründung oder Protokoll. Manche Verhaftungen liegen erst ein paar Tage zurück, geschehen in Dörfern und Städten im ganzen Westjordanland, von Jenin bis Hebron. Andere Familien erklären, der Trip zum Militärgericht sei mittlerweile eine regelmäßige Pilgerfahrt, da die Verhaftung bereits vor vielen Monaten passiert sei.

Für viele der Umstehenden bringen diese Geschichten nichts Neues: eine kollektive Erfahrung, die sich in den palästinensischen Dörfern der Westbank seit 1967 unendlich oft wiederholt. Für andere ist es das erste Mal, dass das israelische Militär ihr Haus überfallen und ein Mitglied der Familie verhaftet hat. Bald zeigt sich eine deutliche Abgrenzung zwischen den „alten Hasen“ und denen, für die diese Erfahrungen neu sind. Eine junge, erst seit kurzem verheiratete Frau beschreibt, wie ihr Mann um zwei Uhr morgens weggebracht wurde, neulich erst. Zwar ist sie offensichtlich besorgt, aber doch überzeugt, dies alles müsse ein schrecklicher Irrtum sein, weil er doch nichts getan habe und bestimmt heute entlassen würde – Inshallah. Ihren Optimismus quittieren die „alten Hasen“ mit einem ironischen Lächeln, wissen sie doch aus Erfahrung, dass kaum jemand das Glück hat, diesen Ort so schnell zu verlassen, egal was er getan oder nicht getan hat.

Beim Warten auf Einlass in den Verhandlungsraum lese ich das Aufklärungs-(Propaganda)Papier, das wir am Eingang erhalten haben. Was mich zuerst verblüfft, ist die Selbstgewissheit, mit der das Dokument feststellt: „Die Militärgerichte in Judäa und Samaria entsprechen dem Internationalen Recht“, was durch einen Hinweis auf Art.66 der Vierten Genfer Konvention belegt wird. Überraschend ist nicht die wenig anfechtbare juristische Argumentation, sondern die Tatsache, dass sich hier ein offizielles israelisches Dokument auf die Vierte Genfer Konvention bezieht, um die Verfolgung palästinensischer Zivilisten vor Militärgerichten zu rechtfertigen. Denn gleichzeitig bestreitet Israel offiziell die Anwendbarkeit der Konvention, sobald es um die Siedlungen geht. Der Grund ist sicher, dass Artikel 49 eben dieser Konvention die Besiedlung von besetztem Gebiet untersagt. Ein krasserer Versuch, sich bei rechtlichen Verpflichtungen die Rosinen herauszupicken, ist kaum vorstellbar.

Indessen ist dies nicht die einzige Beziehung zwischen Genfer Konvention, Militärgerichten und israelischen Siedlungen im Westjordanland. Vor ein paar Wochen schlugen israelische Soldaten in einem Dorf nördlich von Ramallah mit Fäusten an eine Tür. Es ist drei Uhr morgens. Der Haushaltsvorstand macht so schnell wie möglich auf, weiß er doch aus Erfahrung, dass jede Verzögerung dazu führen kann, dass die Tür eingetreten oder aufgesprengt wird. Das würde die Familie weiter traumatisieren und die knappen Haushaltsmittel zusätzlich strapazieren. Zehn Soldaten stürmen ins Haus und befehlen mit Gewehren im Anschlag allen Familienmitgliedern, auch kleinen Kindern und Babies, aufzustehen und ins Wohnzimmer zu kommen. In angespannter Atmosphäre gleicht der befehlshabende junge Offizier die Personalausweise der Familie mit der Namensliste ab, die er von einem Geheimdienstoffizier bekommen hat. In einem Fall wird er fündig, und ein Fünfzehnjähriger wird nach draußen geführt, Hände gefesselt und Augen verbunden. Die Familie erfährt so gut wie nichts, als der Junge zum Verhör in einem Vernehmungszentrum mitgenommen und wahrscheinlich an das Militärgericht von Ofer überstellt wird. Die Anklage lautet häufig auf Steinewerfen oder Teilnahme an einer illegalen Zusammenkunft, aber es kann auch etwas Ernsteres sein.

Geschichten wie diese haben sich in den vergangenen fünfzig fast jede Nacht im Westjordanland abgespielt. Nach Berichten der Vereinten Nationen wurden während dieser Zeit mehr als 760.000 Männer, Frauen und Kinder verhaftet. Aber welchem Zweck dient das? Aus dem von Military Court Watch (MCW) gesammelten Beweismaterial geht hervor, dass die überwältigende Mehrheit der Verhaftungen im Westjordanland in der Nähe einer Siedlung oder einer Siedlerstraße geschieht. Das ist kein Zufall.

Um diesen Zusammenhang zu durchschauen, muss man den Auftrag verstehen, den Israels politische Führer dem Militär erteilt haben, seit im Westjordanland von September 1967 an Siedlungen aus dem Boden schossen. Der Auftrag ist ziemlich leicht zu umschreiben, nämlich den Schutz von fast 400.000 israelischen Zivilisten zu garantieren. Es sind Zivilisten, die man ermutigt hat, die grüne Linie – die vorläufige Grenze Israels – unter Verletzung des Völkerrechts zu überschreiten und auf besetztem Gebiet zu siedeln.

Niemand sollte die Herausforderung unterschätzen, die in diesem Auftrag liegt. Beim Nachdenken über Art und Umfang der Herausforderung hilft vielleicht ein Vergleich. Stellen wir uns einen Augenblick vor, die amerikanische Politik würde darauf abzielen, 400.000 US-Bürger etwa nach Afghanistan zu befördern, und sie ermutigen, dort Dörfer und Städte zu errichten, Einkaufszentren, Kindergärten und Universitäten. Lassen wir die Rechtmäßigkeit einer solchen Politik einmal beiseite. Doch könnten wir mit Sicherheit annehmen, dass kaum ein führender US-Soldat willens wären, den Auftrag zur Sicherung solcher Siedlungen zu übernehmen. Aus dem einfachen Grunde, dass es zu massiver Gewalt und vielen Opfern käme, weil die Afghanen versuchen würden zu schützen, was nach dem Völkerrecht ihr Land ist. Israel jedoch hat in den letzten Jahren eine derartige Politik verfolgt, mit außerordentlichem Erfolg. Unter diesen Umständen ist es wohl kaum überraschend, dass es von Zeit zu Zeit in der Westbank zu Gewaltausbrüchen gegen Siedler kommt. Viel überraschender sind die Zahlen, die zeigen, dass solche Gewaltausbrüche unter den gegebenen Umständen relativ selten sind.

Diese Situation ist tatsächlich außergewöhnlich. Das veranschaulicht ein Bericht des Jerusalem Quarterly 68/69, der Zeitschrift, in der auch der vorliegende Text abgedruckt ist, s.u. Daraus geht hervor, dass es in den vergangenen sieben Jahren bei Siedlern im Westjordanland etwa sechs gewaltsame Todesfälle jährlich gegeben hat. Das sind gerade einmal 0.0015 %. Ohne diese Todesfälle zu bagatellisieren, stellt das amerikanische Außenministerium fest, die israelische Armee sei bei ihrer Mission so erfolgreich gewesen, dass im Jahre 2012 kein einziger Siedler im Westjordanland umgebracht wurde. Also ein Zaubertrick? Nein - nur die geschickte Umsetzung und Verfeinerung ausgewählter und erprobter Methoden. Dabei liegt der Schlüssel in einer Kombination von Masseneinschüchterung und kollektiver Bestrafung. Sie wird gegenüber palästinensischen Dörfern angewendet, die unglücklicherweise in der unmittelbaren Nähe einer Siedlung oder ihrer Zugangsstraßen liegen, unvermeidlichen Reibungspunkten.

Will man verstehen, wie dieses System praktisch vor Ort wirkt, muss man sich vorübergehend in die Rolle eines israelischen Militärkommandeurs versetzen. Sein Job ist es, den Palästinensern, die in der Nähe einer Siedlung leben, eines unmissverständlich klar zu machen: keinerlei Widerstand gegen die benachbarte Siedlung wird geduldet. Das hört sich ziemlich einfach an, ist aber doch eine gewisse Herausforderung. Eines Tages etwa wird ein Fall von Steinwürfen auf eine Straße nahe der Siedlung gemeldet. Da sich der Angriff gegen Israelis richtete, waren zweifellos Palästinenser beteiligt. Doch darüber hinaus gibt es kaum geeignete Informationen zur Identifikation der Täter. Das stellt jeden Befehlshaber vor ein Dilemma: es hat einen Widerstandsakt gegeben, aber ein Täter war

nicht festzustellen, wobei das schwierige Terrain der Westbank die Sache zusätzlich erschwert. Aber wenn niemand bestraft wird, so die allgemeine Meinung, wird die Gewalt einfach zunehmen, und die Verwirklichung des Siedlungsprojekts steht zur Disposition. Und das darf einfach nicht passieren.

Um den Mangel an Beweisen zu umgehen, greift der Befehlshaber im allgemeinen zu zweierlei Annahmen – Annahmen, die aus militärischer Sicht unter den gegebenen Umständen vernünftig sind. Die erste: die Steinwerfer waren männliche Palästinenser zwischen zwölf und dreißig Jahren. Die zweite: sie kamen höchstwahrscheinlich aus dem nahe gelegenen Dorf. Und so richtet der Offizier sein Augenmerk auf dieses Dorf.

Mit dem so entstandenen Verdacht wendet sich der Befehlshaber nun an den Geheimdienstoffizier, der für das betreffende Dorf zuständig ist. Selbstverständlich wurden in den fünfzig Jahren der Militärbesatzung eine Menge Geheiminformationen über Palästinenser überall in der Westbank gesammelt. Und das gilt besonders für solche, die in der Nähe von Reibungspunkten leben. Der zuständige Geheimdienstoffizier sieht sich die Akte an und stellt sich ein paar Fragen: wer sind die Unruhestifter im Dorf, wer wurde bereits verhaftet, und – am wichtigsten – was haben die palästinensischen Spitzel im Dorf zu sagen? Zwar ist es nicht leicht, an brauchbare Informationen über Spitzel zu kommen, aber tatsächliche Erfahrung zeigt, dass viele Tausende schnipselweise Informationen weitergeben, gegen kleine Vergünstigungen. Verhörräume sind ein beliebtes Territorium für Rekrutierungen, mit Methoden, die Drohung und Verführung sorgfältig ausbalancieren. Auch Anträge auf Passierscheine oder medizinische Behandlung erweisen sich als günstige Hebel für Rekrutierungsversuche.

Die Bedeutung von Spitzeln für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Westbank sollte nicht unterschätzt werden. Sie wirkt auf zwei Ebenen. Erstens sichert weitläufige Spitzelrekrutierung einen stetigen Informationsfluss. Das ist eine Herausforderung für jede Aktion zur Sammlung von Geheiminformationen; denn man muss die guten Informationen aus schlechtem oder unbrauchbarem Material herausfiltern. Der zweite und bei weitem wichtigste Nutzen eines so weiträumigen Spitzelsystems ist, dass die Zielgemeinde weiß, dass sie von Spitzeln infiltriert ist. Dieses Wissen hat eine tiefe psychologische Wirkung auf die betroffene Gemeinschaft. Es untergräbt das Vertrauen und schwächt die Fähigkeit, irgendeinen systematischen oder kohärenten Widerstand zu organisieren. Das Dilemma für jeden Palästinenser, der sich der Besatzung entgegenstellen will, gleich ob friedlich oder nicht, ist mit wem er sich zusammentun kann. Gerät er unbeabsichtigt an einen Spitzel, kann das zu sofortiger Verhaftung führen. Eine Möglichkeit wäre natürlich, allein zu handeln, womit Entdeckung praktisch unmöglich wird. Allerdings würde ein solcher "Einsamer Wolf" - Angriff zwar Alarm auslösen, wäre aber kaum geeignet, das System ernstlich zu gefährden.

Und so unterbreitet der Geheimdienstoffizier dem Kommandanten eine Namensliste von zu verhaftenden Personen. Die erste Verhaftungsrunde erfolgt im allgemeinen innerhalb von 48 Stunden nach dem Steinwurf-Vorfall, damit das Dorf Ursache und Wirkung erkennt: auf jede Art von Widerstand, ob groß oder klein, folgt eine sofortige und überwältigende Reaktion von seiten des Militärs, bis der Widerstand aufhört. Es gibt auch eine Anzahl guter Gründe aus militärischer Sicht, warum die Verhaftungen nachts erfolgen. Erstens ist die Person, die verhaftet werden soll, aller Wahrscheinlichkeit nach zuhause, wenn man um zwei Uhr nachts erscheint. Zweitens trifft die Entsendung eines Militärkonvois tagsüber höchst wahrscheinlich auf eine wütende Menge von Steine werfenden jungen Leuten, während nachts die meisten Menschen schlafen. Drittens – und das ist vielleicht der wichtigste Grund – sind nächtliche Überfälle ein ausgezeichnetes Mittel, die Bewohner

zu terrorisieren, damit sie sich fügen. Und das ist ein bedeutender Beweggrund, wenn man den Auftrag hat, Sicherheit und Wohlbefinden der Siedler zu garantieren, die nebenan wohnen.

Also kommen die Soldaten oftmals des Nachts. Wie das Militär mitteilt, wurden 2013 nächtliche Verhaftungen in 1.360 Fällen durchgeführt. Wenn man das hochrechnet, könnte es bedeuten, dass seit 1967 rund 68.000 nächtliche Verhaftungsaktionen durchgeführt wurden. In dieser Zahl sind nicht eingeschlossen die häufigeren nächtlichen Überfälle, bei denen keine Verhaftungen vorgenommen wurden, oder gar die noch zahlreicheren allgemeinen Einmärsche des Militärs in palästinensische Bevölkerungszentren bei Tage. Diese Zahlen zeichnen ein deutliches Bild von der täglichen militärischen Schikane an den Reibungspunkten. Sie soll sicherstellen, dass ein Palästinenser sich niemals sicher fühlen kann, auch nicht in seinem eigenen Haus. Dieses Gefühl psychologischer Unsicherheit hindert die mögliche Entwicklung einer wirksamen Widerstandsstrategie. Und das wiederum führt zu den bemerkenswert niedrigen Opferzahlen bei den Siedlern.

Diese Beziehung zwischen den Siedlungen und der Einschüchterung der palästinensischen Zivilbevölkerung findet sich prägnant beschrieben in der Aussage eines ehemaligen israelischer Soldaten für die Organisation "Breaking the Silence":

"Eine Streife rückt an ... und tritt in einem Dorf die Hölle los. Vielleicht kommt auch eine ganze Kompanie ins Dorf ... provoziert die Kinder, macht Randalie. Der Kommandant will immer mehr Reibung, einfach um die Bevölkerung zu zermürben, den Leuten das Leben unerträglicher zu machen, ihnen den Mut zu nehmen, Steine zu werfen. Sie sollen nicht einmal daran denken, Steine auf die Siedlerstraße zu werfen, von Molotow-Cocktails und anderem gar nicht zu reden. Und praktisch gesehen hat es geklappt, Die Leute waren so verängstigt, dass sie sich einschlossen. Sie wagten sich kaum nach draußen."

Und damit ist die Mission erfüllt. Leuten, die Angst haben, aus ihren Häusern zu kommen, ist wohl kaum zuzutrauen, dass sie sich ernsthaft gegen die dauerhafte Existenz von Siedlungen in einem besetzten Gebiet wehren.

Aber zurück zur Verhaftung des fünfzehnjährigen Jungen. Man bringt ihn nach draußen, legt ihm Fesseln und eine Augenbinde an und führt ihn zu einem wartenden Militärauto. Das bringt ihn zum Verhör.

Viele Verhaftete, unter ihnen auch Kinder, berichten, sie hätten auf dem Metallboden des Militärfahrzeugs sitzen müssen, weil es nicht genug Sitze für Soldaten und Häftlinge gab. Ein Häftling, der auf dem Boden eines Militärfahrzeugs sitzt, hat ein paar Schubser und Stöße zu erwarten, was sicher nicht angenehm und manchmal schlimmer ist. Falls vor kurzem ein Soldat oder ein Siedler verletzt oder getötet wurde, muss der Verhaftete mit wesentlich robusterer Behandlung rechnen.

Die Fahrt zur Befragung ist selten direkt. Der erste Halt kann in einer kleinen Siedlung sein oder auf einer Militärbasis irgendwo im Westjordanland. Dort sitzen die Häftlinge in Containern, oder man lässt sie draußen, meistens mit noch gefesselten Händen und verbundenen Augen. Sie werden am Schlaf gehindert, bekommen meistens kein Essen und kein Wasser und dürfen nicht zur Toilette. Das hängt stark von Laune und Einstellung des jungen Kommando-Offiziers ab und kann von einer Einheit zur anderen sehr unterschiedlich sein. Gegen sieben Uhr früh werden die Häftlinge, hungrig, von

Schlafentzug und möglicher Weise von Stößen und Schlägen gezeichnet, wieder in ein Militärfahrzeug gepackt und zum Verhör in eine israelische Polizeistation in einer der größeren Siedlungen (wie etwa Gush Etzion, Ariel oder Benjamin) verfrachtet. Wenn die Anschuldigung gravierend ist, wird der Häftling wahrscheinlich nach Israel gebracht und dem Shin Bet für eine gründlichere Befragung überstellt.

Nach israelischem Militärrecht hat ein Beschuldigter das Recht zu schweigen. Er oder sie muss über sein Recht belehrt werden, bei Ankunft in der Polizeistation einen Anwalt hinzu zu ziehen. So heißt es. Aber selten werden Häftlinge über ihre Rechte informiert oder dürfen sie frei nutzen. Und meistens endet es damit, dass der Häftling eine vom Verhörbeamten auf Hebräisch verfasste Erklärung unterschreibt, ohne dass er sicher weiß, was er da unterschrieben hat.

Während der Befragung wird man dem Häftling so gut wie immer sagen, die anderen hätten bereits gestanden und seien freigelassen worden. Der Häftling oder seine Familie wird möglicherweise auch bedroht. Die Befragung wirkt mit Sicherheit einschüchternd; manchmal ist physische Gewalt dabei.

Auch kann versucht werden, den Häftling als Spitzel zu rekrutieren, wobei etwa baldige Entlassung, Arbeitserlaubnis oder andere Vorteile in Aussicht gestellt oder Gewalt oder Entzug von Genehmigungen angedroht wird.

Und so findet sich der Häftling nach einigen Tagen im Militärgericht von Ofer oder seinem nördlich gelegenen Pendant Salem wieder. Hier in Ofer also hören wir weitere Geschichten, die alle die Systematik der Militärkontrolle in der Westbank bezeugen. Schließlich quetschen wir uns durch ein letztes Drehgitter und erreichen die Fertigbauschuppen, in denen die Gerichtsräume untergebracht sind. Familienangehörige dürfen hier erst hinein, wenn ihr Fall aufgerufen wird. Als Beobachter jedoch können wir die Gerichtsräume frei betreten und verlassen. Davon ausgenommen ist nur der Raum, der für die Überprüfung der Administrativhaftfälle vorgesehen ist. Dort wird über geheimes Beweismaterial verhandelt, ohne dass Verteidiger Einsicht haben.

Nach der Drehtür gehen wir bis ans Ende der Containerreihe und betreten den Gerichtssaal Nummer sieben. Nummer sieben ist der kleinste Gerichtssaal, hat aber am meisten zu tun. Das Untersuchungsgericht arbeitet wie ein Fließband, wo die Angeklagten in Vierergruppen erscheinen. Sie behalten die Fußfesseln an, aber die Handfesseln werden entsprechend den Gefängnisregeln abgenommen. Das gilt gleichermaßen für einen erwachsenen Angeklagten wie für ein zwölfjähriges Kind – zwölf Jahre sind das Mindestalter für strafrechtliche Verantwortung vor den Militärgerichten. Hier also, hinten im Gerichtssaal Nummer sieben, sitzen wir und beobachten.

Wenn man den Saal Nummer sieben betritt, fällt einem als erstes auf, wie voll und chaotisch es dort ist. An einem Ende sitzen die israelischen Offiziere in Uniform – der Militärrichter, sein Assistent, ein Protokollführer, ein Dolmetscher, ein Staatsanwalt und mehrere Wachen. Vier oder auch mehr Häftlinge in brauner Gefängniskleidung, mit Fußfesseln, sitzen auf der Anklagebank. Dann die palästinensischen Anwälte: einige vertreten Mandanten auf der Anklagebank, andere warten, dass ihre Mandanten an der Reihe sind. Und endlich, ganz hinten im Gerichtssaal, sitzen die Familien, die versuchen, ihren Angehörigen auf der Anklagebank Neuigkeiten aus dem Dort zu übermitteln. Zwischen den palästinensischen Anwälten und dem israelischen Gerichtspersonal herrscht ein überraschender Grad von Kameraderie, der zweifellos durch das jahrelange enge Zusammensitzen im

Gerichtssaal entstanden ist. Ansonsten bleiben alle strikt in ihrer eigenen ethnischen Sphäre und nehmen die Existenz der anderen kaum wahr. Das israelische Militärgericht muss sich um seine administrativen Angelegenheiten kümmern, für die Palästinenser ist dies ein Familientreffen – nicht mehr und nicht weniger. Leute kommen und gehen, und über all dem herrscht ein erstaunlicher Stimmenlärm.

Wie sich außerdem bald herausstellt, ist man im hier wesentlichen Zeuge einer Scharade, die mit einem rechtmäßigen Gerichtsprozess wenig zu tun hat. Erst einmal wird die Verhandlung auf Hebräisch geführt. Ein Soldat - meistens ein Druse - übersetzt, obwohl er nicht als Dolmetscher ausgebildet ist.

So reicht die Qualität der Übersetzung von gut bis kaum verständlich. Es kommt vor, dass eine Diskussion, die im hebräischen mehrere Minuten gedauert hat, in wenige arabische Worte übersetzt wird, mit denen das Wesentliche der Diskussion zweifellos nicht ausgedrückt werden konnte. In anderen Fällen hört die Übersetzung einfach ganz auf, entweder weil der Übersetzer den Raum verlassen hat oder zu sehr mit seinem Smartphone beschäftigt ist. Allerdings protestiert niemand, nicht der Richter, die Anwälte nicht und schon gar nicht die Angeklagten. Es herrscht einfach die resignierte Annahme, dass die Dinge so sind, eben weil sie schon immer so waren.

Als wir dort waren, verließ nicht der Übersetzer den Raum, sondern der Anwalt des Beklagten. Er stand einfach auf und verschwand für zehn Minuten, während der Richter mit einer detaillierten Erklärung auf Hebräisch fortfuhr. Ab und zu ließ der Drusen-Soldat etwas in Übersetzung verlauten, vermischt mit ein paar rechtlichen Hinweisen, weil ja der Anwalt abwesend war. Diese Episode am Rande zeigt wohl deutlich, dass das Verhandlungsergebnis fast zwangsläufig vorher feststeht. Die Beteiligten, gleich ob Israelis oder Palästinenser, sind nur Staffage, eine Rolle, mit der sich die meisten zufrieden geben.

Einige Familie äußern sich zufrieden mit der ihnen gewährten rechtlichen Vertretung, viele andere nicht. Letztere beklagen, dass sie kaum verständliche Informationen über den Stand des Verfahrens erhalten oder nicht erfahren, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Manche beschwerten sich, dass die Anwälte ihre Telefonanrufe einfach ignorieren. Mit besorgter Miene nehmen sie Instruktionen entgegen, die ihnen ein Anwalt im Gerichtssaal in Hörweite von Staatsanwalt und Richter eilig erteilt. Obwohl Anklageschriften auf Verlangen in arabischer Sprache zur Verfügung stehen sollen, werden sie selten verlangt. Das hilft dem Militär, Kosten zu sparen. Da das Militärgericht nach Präzedenzfällen urteilt, ergehen Urteile lediglich auf Hebräisch, obwohl Arabisch eine offizielle Landessprache und die alleinige Sprache der Beklagten ist. Und immer noch beschwert sich fast niemand.

Selten verlangen Anwälte eine vollständige gerichtliche Tatsachenuntersuchung, da die Fälle in überwältigender Mehrheit durch eine außergerichtliche Absprache (deal) erledigt werden. Das geschieht gleichgültig, ob der Angeklagte seine Unschuld behauptet oder ob das Beweismaterial glaubwürdig ist. Der Grund dafür ist, dass eine Entlassung gegen Kautions unwahrscheinlich ist. Deshalb ist es oft schneller, einen Deal zu akzeptieren als im Untersuchungsgefängnis auf eine gerichtliche Anhörung zu warten. Es überrascht nicht, dass wenige palästinensische Häftlinge darauf vertrauen, eine faire Anhörung zu bekommen, wenn sie einen Deal abgelehnt haben, teils weil die Richter Militärs sind oder weil diese Richter aus Siedlungen stammen. Statistisch stehen die Chancen

für einen Freispruch äußerst schlecht. Die Rate der Verurteilungen beträgt 99 %. Das mag den bemerkenswerten Mangel an Interesse erklären, den die Angeklagten an ihren eigenen Fällen zeigen.

Zwar herrscht bei den Familien eine gewisse Unzufriedenheit mit einzelnen Anwälten, die bei den Militärgerichten arbeiten, aber die Militärbehörden scheinen zufrieden mit dem herrschenden Zustand, und dies aus einem guten Grund. Erstens werden diese Anwälte zum größten Teil von der internationalen Gebergemeinschaft bezahlt, die im wesentlichen für kostenlose Rechtshilfe bei den israelischen Militärbehörden aufkommt – da gibt es also keinen Grund zu klagen. Zweitens sichert dieses Arrangement eine rechtliche Vertretung für jeden Angeschuldigten und ermöglicht es den Militärbehörden damit, darauf hinzuweisen, dass, wären die Militärgerichte so schlecht wie einige NGOs behaupten, wohl kein Anwalt, der auf sich hält, sich dort sehen ließe. Das ist – vielleicht- eine faire Beobachtung.

Warum also erscheinen palästinensische Anwälte vor israelischen Militärgerichten, die, wie sie einhellig feststellen, weder fair noch unparteiisch sind? Es gibt mehrere Erklärungen. Erstens sollte man nie die Macht der Gewohnheit unterschätzen. Nach fünfzig Jahren der Unterwerfung unter die Rechtsprechung der Militärgerichte ist die gegenwärtige Situation zur Normalität geworden. Es liegt vielleicht in der menschlichen Natur, morgen zu handeln wie heute und gestern. Für viele ist es schwer, sich eine andere Wirklichkeit vorzustellen.

Zweitens bedeutet es für Pflichtverteidiger eine gewisse berufliche Sicherheit, wenn sie sich auf Militärgerichte spezialisieren. Unabhängig vom Ausgang der Verfahren haben sie ein sicheres Einkommen, und an Arbeit mangelt es nicht. Auch für unabhängige Anwälte, die bei Militärgerichten plädieren, kann die Arbeit ziemlich lukrativ sein. Wenn sie sich routinemäßig auf außergerichtliche Vergleiche (plea bargains) einlassen, können sie an einem Tag bis zu vierzig Fälle übernehmen. Das rechnet sich – auch bei niedrigen Gebühren. Manche Familien verpflichten lieber einen unabhängigen Anwalt als einen von der Palästinensischen Behörde oder von örtlichen NGOs gestellten Verteidiger. Sie nehmen an – auch wenn die Wirklichkeit dafür keinen Beweis liefert -, dass ein Anwalt, den man bezahlt, besser ist, als einer, der umsonst ist.

Drittens hat die Anwesenheit palästinensischer Anwälte in den Militärgerichten für die israelischen Militärbehörden eine wichtige Funktion für ihre Public Relations, und so tun sie, was notwendig ist um sicherzustellen, dass die Anwälte dabei bleiben. Gelegentlich drängen die Anwälte untereinander darauf, die Militärgerichte zu boykottieren. Eine derartige Reaktion auf solch ein System liegt nahe und gefährdet das Image des Militärs. Die Staatsanwaltschaft reagiert auf Boykottdrohungen, indem sie weit strengere Strafen für alle Angeklagten fordert, auch für Kinder. Als Folge machen die Familien den Anwälten Druck, dass sie weiterarbeiten. Eine simple, aber meistens effektive Kettenreaktion. In Palästina fällt öffentliche Unterstützung für Boykottaktionen in ein paar Tagen zusammen, dann kehrt das System zur „Normalität“ zurück.

Manchmal wird behauptet, die Lage in Palästina sei unhaltbar. Mindestens vom Standpunkt der Militärgerichte sieht das allerdings nicht so aus. Seit fünfzig Jahren unterwerfen sich Palästinenser den Urteilen israelischer Militärgerichte, wobei sie von palästinensischen Anwälten vertreten werden, die Tag für Tag außergerichtlichen Einigungen (plea bargains) zustimmen. Anwälte und ausländische Geldgeber finanzieren dem Militär ein kostenloses Rechtshilfesystem. Und wenn das einmal nicht ausreicht, erheben die Gerichte von den Verurteilten Geldstrafen im Umfang von drei Millionen Dollar

jährlich. Damit garantieren sie praktisch die Lebensfähigkeit des Gerichtssystems, nahezu ohne das israelische Staatsbudget zu belasten.

Beim Verlassen des Gerichtssaals Nummer sieben kommen wir an der jungen Frau vorbei, mit der wir schon früher gesprochen hatten. Sie hatte gehofft, ihr Mann würde am selben Tag entlassen. Jetzt kommt sie weinend aus dem Gerichtssaal Nummer sechs. Ein paar „alte Hasen“, die in der Nähe auf einer Bank sitzen, beobachten sie mit einem Ausdruck müder aber wissender Resignation.

Einige Wochen später bereitet sich das Dorf nördlich von Ramallah darauf vor, diesen fünfzehnjährigen Jungen willkommen zu heißen, der ein paar Wochen zuvor verhaftet wurde. Niemand weiß, ob er wirklich bei einer Demonstration am Dorfeingang Steine auf Soldaten geworfen hat, aber auf Anraten des Anwalts hat er sich schuldig bekannt. In einer Atmosphäre wachsender Aufregung wird vor seinem Haus ein Spruchband mit einem Willkommensgruß aufgehängt. Später, wenn er zusammen mit seinem Vater heimkehrt, wird ihn das ganze Dorf begrüßen und bis in die Nacht hinein mit ihm feiern. Man feiert ihn als einen Helden, der der Besatzung widerstanden hat. Aber in den folgenden Tagen werden die Eltern feststellen, dass er sich in sich zurückzieht. Er verliert das Interesse an der Schule und geht nicht mehr hin. Er hat Schlafstörungen und macht vielleicht ins Bett. Möglicherweise wird er seinen Geschwistern gegenüber aggressiv und zeigt seinen Eltern keinen Respekt mehr. Sie waren ja ihrerseits unfähig, ihn im eigenen Haus zu schützen.

Die Militärgerichte spielen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Armee in ihrer Mission, Palästinenser einzuschüchtern, die in der Nähe von Siedlungen leben. Für Jugendliche, die Steine geworfen haben, ohne dass Menschen verletzt wurden, liegt die Durchschnittsstrafe bei drei Monaten Gefängnis. Zusätzlich bekommen die Eltern eine Geldstrafe von 1.000 bis 8.000 Shekel, je nach Schwere des Falles (etwa 260 bis weit über 2.000 €). Ein Dorf, das sich zu gewohnheitsmäßigem Widerstand entschließt, wird durch solche Strafen einfach in den Konkurs getrieben und damit gefügig gemacht.

Und schließlich erhält jedes Kind, das vom Militärgericht verurteilt wird, eine zusätzliche Bewährungsstrafe, meistens noch einmal sechs Monate auf fünf Jahre Bewährungszeit. Die Bewährungsstrafe bewirkt, dass ein aus dem Gefängnis entlassener Junge jedes Mal, wenn er das Haus verlässt, ein großes Risiko eingeht. Ist er etwa zufällig im Dorfladen, wenn ein israelischer Militärkonvoi vorbeifährt, läuft er Gefahr, im Verlauf der darauffolgenden Zusammenstöße aufgegriffen und direkt ins Gefängnis geschickt zu werden, um die Bewährungsstrafe abzusitzen. Auch wenn er nur Milch kaufen wollte, wird sein Wort letztlich gegen das eines israelischen Soldat stehen – ein Konflikt, der von einem israelischen Militärrichter mit vorhersagbarem Ergebnis entschieden wird. Also wird der kürzlich entlassene fünfzehnjährige Junge meistens alles tun, was er kann, um weiteren Kontakt mit israelischen Siedlern oder Soldaten zu vermeiden. Schon auf das bloße Gerücht, es seien Soldaten in der Nähe seines Dorfes, wird er wahrscheinlich nach Hause laufen. Und genau das ist, wie die Soldaten sagen, ihr Auftrag.

Der Text erschien im Februar 2017 in der Zeitschrift Jerusalem Quarterly, Nr. 68

Übertragung aus dem Englischen: Ulrike Vestring

Gerard Horton is a lawyer and co-founder of Military Court Watch. He has worked on the issue of children detained by the Israeli military and prosecuted in military courts for the past eight years, prior to which he practiced as a barrister at the Sydney Bar, specializing in commercial and criminal cases.